
Schweizerisches Steuerstrafrecht

Martin Zweifel
Andrea Opel

Stefan Oesterhelt
Moritz Seiler

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Literaturverzeichnis	XXXVII
Materialien und Praxisfestlegungen	XLVIII
Abkürzungsverzeichnis	XLIX
1. Teil Grundlagen des Steuerstrafrechts	1
1. Kapitel Wesen, Rechtsquellen und Ausgestaltung des Steuerstrafrechts und des Steuerstrafverfahrensrechts	1
§ 1 Wesen, Funktion, Begriff und Rechtsnatur des Steuerstrafrechts und des Steuerstrafverfahrensrechts	3
I. Wesen, Funktion und Begriff des Steuerstrafrechts	4
1. Wesen und Funktion des Steuerstrafrechts	4
2. Begriff des Steuerstrafrechts	4
II. Rechtsnatur des Steuerstrafrechts	5
1. Steuerstrafrecht als echtes Strafrecht	5
1.1 Grundsatz	5
1.2 Unrechtsgehalt	5
1.3 Zunehmende Kriminalisierung	7
2. Steuerstrafrecht als Nebenstrafrecht des Bundes und der Kantone	8
§ 2 Rechtsquellen des Steuerstrafrechts und des Steuerstrafverfahrensrechts	9
I. Völkerrecht und Verfassungsrecht	9
II. Gesetzesrecht	10
III. Rechtsprechung (Richterrecht)	10
IV. Verwaltungspraxis	11
§ 3 Ausgestaltung des schweizerischen Steuerstrafrechts und Steuerstrafverfahrensrechts	12
I. Dualistisches und föderalistisches System des schweizerischen Steuerstraf- und Steuerstrafverfahrensrechts	12
II. Ausgestaltung des Steuerstrafrechts	15
III. Ausgestaltung des Steuerstrafverfahrensrechts	16
1. Kantonal veranlagte Steuern	16
2. Vom Bund erhobene Steuern	17
3. Übersicht	18
	XI

2. Kapitel	Nachentrichtung und Rückerstattung gesetzwidrig erlangter Steuervorteile	19
§ 4	Nachentrichtung und Rückerstattung gesetzwidrig erlangter Steuervorteile bei den direkten Steuern	20
I.	Gesetzwidrig und deliktisch erlangte Steuervorteile	20
II.	Nachentrichtung gesetzwidrig erlangter Steuervorteile mit der Nachsteuer	22
1.	Erhebung der ordentlichen Nachsteuer	22
1.1	Voraussetzungen der Nachsteuererhebung	22
1.2	Erhebung der Nachsteuer wegen zu Unrecht unterbliebener Steuer- veranlagung	23
1.3	Erhebung der Nachsteuer wegen unvollständiger rechtskräftiger Steuer- veranlagung	24
1.4	Ausschluss der Nachsteuererhebung bei grober Verletzung der Unter- suchungspflicht durch die Veranlagungsbehörde	27
1.5	Erhebung der Nachsteuer bei unterbliebener oder unvollständiger rechts- kräftiger Steuerveranlagung wegen eines Verbrechens oder Vergehens gegen die Steuerbehörde	29
1.6	Nachsteuerverfahren	30
2.	Vereinfachte Nachbesteuerung von Erben	36
III.	Nachentrichtung durch unrechtmässige Steuerrückerstattung oder ungerech- fertigten Erlass gesetzwidrig erlangter Steuervorteile	38
IV.	Nachentrichtung und Rückerstattung gesetzwidrig nicht oder unrichtig abzogener Quellensteuern	40
§ 5	Nachentrichtung und Rückerstattung gesetzwidrig erlangter Steuer- vorteile bei Verrechnungssteuer, Stempelabgaben und Mehrwertsteuer	43
I.	Rückforderung nach Art. 12 Abs. 1 VStrR	44
II.	Widerhandlung gegen die Verwaltungsgesetzgebung des Bundes	44
1.	Verwaltungsgesetzgebung des Bundes	44
2.	Widerhandlung	45
2.1	Objektiver Tatbestand der Strafnorm	45
2.2	Nichtentrichtung von Verrechnungssteuer, Stempelabgaben oder Mehrwertsteuer	45
2.3	Paralleler Anspruch auf Entrichtung der Verrechnungssteuer, Stempelabgaben oder Mehrwertsteuer	46
2.4	Unrechtmässige Rückerstattung	46
III.	Anspruch der ESTV	47
1.	Wahlrecht der ESTV zur Einforderung der Steuer	47
2.	Anspruchsgrundlage für Verzugszins	47
3.	Wahlrecht betreffend Anspruchsgegner	47

IV.	Anspruchsgegner	48
1.	Erlangung eines unrechtmässigen Vorteils	48
2.	Empfänger einer steuerbaren Leistung	48
3.	Natürliche und juristische Personen	49
V.	Solidarische Haftung	49
1.	Vorsätzliche Teilnahme an strafbarer Handlung	49
2.	Beurteilung durch Strafbehörden	50
3.	Ausschluss durch Selbstanzeige bei der Mehrwertsteuer	50
VI.	Verjährung	50
1.	Art. 11 Abs. 2 VStrR als Auffangnorm	51
2.	Spezialregel in Art. 105 Abs. 3 MWSTG	51
3.	Spezialfall Abgabebetrug	52
3.1	Verjährungsregel des StGB	52
3.2	Anwendung auch auf Ansprüche nach Art. 12 VStrR?	52
3.3	Anwendung der Verjährungsfrist von Art. 97 lit. b StGB?	53
VII.	Verfahrensgarantien	54
1.	Art. 12 Abs. 1 VStrR als verwaltungsrechtliche Norm	54
2.	Keine Anwendung der Verfahrensgarantie von Art. 6 EMRK	54
3.	Beweisverwertung	55
4.	Vereinigung von Verwaltungs- und Verwaltungsstrafverfahren	55
2. Teil	Materielles Steuerstrafrecht	57
3. Kapitel	Grundsätze und Besonderheiten des Steuerstrafrechts	57
§ 6	Geltung der strafrechtlichen Grundsätze des Allgemeinen Teils des Strafgesetzbuchs (StGB)	59
I.	Keine Steuerstraftatbestände im StGB	59
II.	Zentrale Grundsätze des StGB	59
1.	Keine Strafe ohne Gesetz	59
2.	Bestimmtheitsgebot	60
3.	Rückwirkungsverbot	61
4.	Schuldprinzip	61
5.	Höchstpersönlichkeit der Strafe	62
III.	Geltung des StGB im Steuerstrafrecht der kantonal veranlagten Steuern	62
1.	Bei Steuerübertretungen	62
2.	Bei Steuervergehen	63
IV.	Geltung des StGB im Steuerstrafrecht der vom Bund erhobenen Steuern	63

§ 7 Täterschaft und Teilnahme	64
I. Übersicht	65
II. Täterschaft	66
1. Formen der Täterschaft	66
1.1 Mittäterschaft	66
1.2 Mittelbare Täterschaft	67
2. Täterschaft bei Sonderdelikten	67
3. Täterschaft bei Steuerdelikten der direkten Steuern	67
3.1 Übertretungen	68
3.2 Vergehen	68
4. Täterschaft bei Steuerdelikten der vom Bund erhobenen Steuern	68
III. Teilnahme	68
1. Limitierte Akzessorietät	69
2. Tatsächliche Akzessorietät	69
3. Zeitliche Akzessorietät	70
4. Erfolglose Teilnahme	70
5. Teilnahmeformen	70
5.1 Anstiftung	71
5.2 Gehilfenschaft	72
5.3 Begünstigung	72
6. Teilnahme bei Sonderdelikten	72
7. Teilnahme bei Steuerdelikten der direkten Steuern	73
7.1 Teilnahme am Ungehorsamkeitsdelikt	73
7.2 Teilnahme an der Steuerhinterziehung	73
7.3 Anstiftung und Gehilfenschaft bei der Steuerhinterziehung im Besonderen	74
7.4 Mitwirkung an der Steuerhinterziehung im Besonderen	75
7.5 Teilnahme an Steuervergehen	77
8. Teilnahme bei der Mehrwertsteuer, Verrechnungssteuer und den Stempel- abgaben	78
8.1 Grundsätze	78
8.2 Geschäftsherrenhaftung	78
 § 8 Strafbarkeit gemeinsam veranlagter Personen bei den direkten Steuern	 80
I. Gemeinsam für die direkten Steuern zu veranlagende Personen	80
II. Strafbarkeit gemeinsam veranlagter Personen bei Steuerübertretungen	83
1. Täterschaft	83
2. Strafbare Handlung	84
3. Strafe	85
4. Teilnahme und Mitwirkung	88
III. Strafbarkeit gemeinsam veranlagter Personen bei Steuervergehen	89

§ 9 Strafbarkeit der juristischen Person	90
I. Geltendes Schuldstrafrecht	91
II. Strafbarkeit des Unternehmens nach gemeinem Strafrecht	92
III. Strafbarkeit der juristischen Person bei Steuerübertretungen im Bereich der kantonal veranlagten Steuern	93
1. Deliktsfähigkeit juristischer Personen	93
2. Juristische Person als Täterin	94
3. Juristische Person als Teilnehmerin	96
IV. Strafbarkeit der juristischen Person bei Steuervergehen im Bereich der kantonal veranlagten Steuern	97
V. Strafbarkeit der Organe der juristischen Person im Bereich der kantonal veranlagten Steuern	97
1. Übertretungen	97
2. Steuervergehen	98
VI. Strafbarkeit der juristischen Person und ihrer Organe bei den vom Bund erhobenen Steuern	99
1. Grundlagen	99
2. Sonderregelung für Bussen bis max. CHF 5000	99
3. Widerhandlung im Geschäftsbetrieb bei der Mehrwertsteuer	101
VII. Verhältnis zum Unternehmensstrafrecht des StGB	102
 § 10 Verschuldensprinzip und Strafzumessung bei Steuerdelikten	 104
I. Sanktionsarten	104
II. Verschuldensprinzip und Strafzumessung im allgemeinen Strafrecht	105
1. Grundlagen der Strafzumessung	105
2. Bussen im Besonderen	106
3. Geldstrafen im Besonderen	106
4. Freiheitsstrafe im Besonderen	107
5. Strafmilderungsgründe	107
6. Keine/verminderte Schuldfähigkeit	107
III. Einschränkungen des Verschuldensprinzips bei Steuerdelikten	108
1. Im Bereich der kantonal veranlagten Steuern	108
2. Im Bereich der vom Bund erhobenen Steuern	110
IV. Grundsatz der Gesamtstrafe	110
 § 11 Steuerdelikte als Vortaten zur Geldwäscherei	 112
I. Geldwäscherei	112
II. Steuerdelikt als Vortat	113
1. Im Bereich der kantonal veranlagten Steuern	113

2. Im Bereich der vom Bund erhobenen Steuern	115
III. Praktische Bedeutung der Steuergeldwäscherei	115
4. Kapitel Delikte der direkten Steuern	117
§ 12 Übertretungen und Vergehen der direkten Steuern	118
I. Einteilung der Delikte nach der angedrohten Höchststrafe	118
1. Steuerübertretungen	119
1.1 Verletzung von Verfahrenspflichten	119
1.2 Steuerhinterziehung (Steuerverkürzung, Quellensteuergefährdung, Bezugsverkürzung, Verheimlichung oder Beiseiteschaffung von Nachlass- werten im Inventarverfahren)	120
2. Steuervergehen	123
2.1 Steuerbetrug	123
2.2 Veruntreuung von Quellensteuern	124
II. Auswirkungen der Deliktseinteilung auf das anwendbare Steuerstrafrecht und Steuerstrafverfahrensrecht	124
1. Auswirkungen der Deliktseinteilung auf das anwendbare Steuerstrafrecht	124
2. Auswirkungen der Deliktseinteilung auf das anwendbare Steuerstraf- verfahrensrecht	126
§ 13 Verfahrenspflichtverletzung	129
I. Allgemeines	130
1. Gesetzliche Grundlagen	130
2. Geschütztes Rechtsgut	131
3. Ausgestaltung und Charakterisierung des Delikts	132
II. Objektiver Tatbestand	133
1. Täterschaft	133
1.1 Steuerpflichtige Personen	133
1.2 Mitwirkungspflichtige Dritte im Veranlagungsverfahren	137
1.2.1 Bescheinigungspflichtige Personen	137
1.2.2 Auskunftspflichtige Personen	138
1.2.3 Meldepflichtige Personen	139
1.3 Schuldner der steuerbaren Leistung im Quellensteuerverfahren	140
1.4 Mitwirkungspflichtige Personen im Inventarverfahren	142
2. Verfahrenspflichten	143
2.1 Von Gesetzes wegen oder auf behördliche Anordnung zu erfüllende Verfahrenspflichten	143
2.2 Verfahrenspflichten steuerpflichtiger Personen	144
2.2.1 Inhalt und Umfang	144
2.2.2 Steuererklärungspflicht	149
2.2.3 Beilagepflicht	151

2.2.4	Auskunftspflicht	152
2.2.5	Pflicht zur Einreichung von Beweismitteln	153
2.2.6	Mitwirkungspflicht und Berufsgeheimnis der steuerpflichtigen Person	154
2.3	Verfahrenspflichten Dritter im Veranlagungsverfahren	156
2.3.1	Inhalt und Umfang	156
2.3.2	Bescheinigungspflichten	156
2.3.3	Auskunftspflichten	158
2.3.4	Meldepflichten	158
2.4	Verfahrenspflichten des Schuldners der steuerbaren Leistung im Quellensteuerverfahren	160
2.5	Verfahrenspflichten mitwirkungspflichtiger Personen im Inventarverfahren	161
3.	Verletzung von Verfahrenspflichten	163
3.1	Nichterfüllung oder nicht gehörige Erfüllung von Verfahrenspflichten	163
3.2	Vorfrageweise Überprüfung der Zulässigkeit behördlich angeordneter Mitwirkungshandlungen	164
4.	Erfolglose Mahnung zur Erfüllung von Verfahrenspflichten	164
III.	Qualifizierende Tatbestandsmerkmale	168
1.	Schwerer Fall	168
2.	Rückfall	169
IV.	Subjektiver Tatbestand	170
1.	Vorsatz	170
2.	Fahrlässigkeit	171
V.	Strafe	172
VI.	Teilnahme (Anstiftung, Gehilfenschaft), Bewirkung und Mitwirkung	176
VII.	Versuch der Verfahrenspflichtverletzung	176
VIII.	Konkurrenzen	177
§ 14	Steuerhinterziehung	180
I.	Allgemeines	182
II.	Steuerverkürzung	183
1.	Allgemeines	183
1.1	Gesetzliche Grundlagen	183
1.2	Geschütztes Rechtsgut	183
1.3	Ausgestaltung und Charakterisierung des Delikts	184
2.	Objektiver Tatbestand	185
2.1	Täterschaft	185
2.1.1	Alleintäterschaft und Mittäterschaft	185
2.1.2	Steuerpflichtige Personen	187
2.1.3	Rechtsnachfolger steuerpflichtiger Personen	189
2.1.4	Gemeinsam veranlagte Personen	190

2.2	Steuerausfall	192
2.2.1	Zu Unrecht unterbliebene Steuerveranlagung	193
2.2.2	Unvollständige rechtskräftige Steuerveranlagung	195
2.2.3	Deliktserfolg (hinterzogene Steuer)	198
2.3	Bewirkung des Steuerausfalls	199
2.3.1	Für den Steuerausfall kausales pflichtwidriges Verhalten der steuerpflichtigen Person	199
2.3.2	Verfahrenspflichten der steuerpflichtigen Person	200
2.3.3	Pflichtwidrige Handlung oder Unterlassung der steuerpflichtigen Person	208
2.3.4	Unterbrechung des Kausalzusammenhangs zwischen dem pflicht- widrigen Verhalten der steuerpflichtigen Person und dem Steuer- ausfall durch grobe Verletzung der behördlichen Untersuchungs- pflicht	212
3.	Subjektiver Tatbestand	215
3.1	Vorsatz	216
3.2	Fahrlässigkeit	220
4.	Strafe	225
4.1	Strafrahmen	225
4.2	Strafzumessung	228
4.3	Selbstanzeige und Strafbefreiung wegen fehlenden Strafbedürfnisses (Geringfügigkeit)	231
4.3.1	Straflose Selbstanzeige	231
4.3.2	Strafmildernde Selbstanzeige	235
4.3.3	Strafbefreiung wegen fehlenden Strafbedürfnisses (Geringfügigkeit)	236
5.	Teilnahme, Bewirkung und Mitwirkung	237
5.1	Anstiftung und Helferschaft	238
5.1.1	Anstiftung	238
5.1.2	Helferschaft	241
5.2	Bewirkung und Mitwirkung des Vertreters der steuerpflichtigen Person	244
5.2.1	Vertreter der steuerpflichtigen Person als Täter	245
5.2.2	Bewirkung (Alleintäterschaft des Vertreters)	248
5.2.3	Mitwirkung (Mittäterschaft des Vertreters)	249
5.2.4	Verhältnis zur Haupttat (Akzessorietät)	250
5.2.5	Subjektiver Tatbestand	251
5.2.6	Versuch	251
5.2.7	Strafe	252
6.	Versuch der Steuerverkürzung	254
7.	Konkurrenzen, Verbot der Doppelbestrafung (ne bis in idem)	258
III.	Quellensteuergefährdung	262
1.	Allgemeines	262
1.1	Gesetzliche Grundlagen	262
1.2	Geschütztes Rechtsgut	262
1.3	Ausgestaltung und Charakterisierung des Delikts	263

2. Objektiver Tatbestand	266
2.1 Täterschaft	266
2.2 Pflicht zur Vornahme eines Quellensteuerabzugs	267
2.2.1 Unter die Quellensteuer fallende steuerbare Leistungen	267
2.2.2 In Abzug zu bringende Quellensteuer	268
2.3 Nichtvornahme oder unvollständige Vornahme eines Quellensteuerabzugs	269
3. Subjektiver Tatbestand	271
3.1 Vorsatz	271
3.2 Fahrlässigkeit	271
4. Strafe	272
4.1 Strafraumen	272
4.2 Strafzumessung	275
4.3 Selbstanzeige und Strafbefreiung	275
5. Teilnahme, Bewirkung und Mitwirkung	277
5.1 Anstiftung und Helferschaft	277
5.2 Bewirkung und Mitwirkung	281
6. Versuch der Quellensteuergefährdung	285
7. Konkurrenzen, Verbot der Doppelbestrafung (ne bis in idem)	288
IV. Bezugsverkürzung	289
1. Allgemeines	289
1.1 Gesetzliche Grundlagen	289
1.2 Geschütztes Rechtsgut	289
1.3 Ausgestaltung und Charakterisierung des Delikts	290
2. Objektiver Tatbestand	291
2.1 Täterschaft	291
2.2 Steuerausfall	295
2.2.1 Unrechtmässige Steuerrückerstattung	295
2.2.2 Ungerechtfertigter Steuererlass	296
2.3 Bewirken des Steuerausfalls	297
3. Subjektiver Tatbestand	300
3.1 Vorsatz	300
3.2 Fahrlässigkeit	300
4. Strafe	301
4.1 Strafraumen	301
4.2 Strafzumessung	304
4.3 Selbstanzeige und Strafbefreiung	305
5. Teilnahme, Bewirkung und Mitwirkung	306
5.1 Anstiftung und Helferschaft	306
5.2 Bewirkung und Mitwirkung	310
6. Versuch der Bezugsverkürzung	314
7. Konkurrenzen, Verbot der Doppelbestrafung (ne bis in idem)	316

§ 15 Verheimlichung oder Beiseiteschaffung von Nachlasswerten im Inventarverfahren	318
I. Allgemeines	318
1. Gesetzliche Grundlagen	318
2. Geschütztes Rechtsgut	319
3. Ausgestaltung und Charakterisierung des Delikts	320
II. Objektiver Tatbestand	322
1. Zur Bekanntgabe von Nachlasswerten im Inventarverfahren verpflichtete Personen	322
2. Verfahrenspflichten zur Bekanntgabe von Nachlasswerten	323
3. Verheimlichung oder Beiseiteschaffung von Nachlasswerten	325
III. Qualifizierende Tatbestandsmerkmale	326
1. Schwerer Fall	326
2. Rückfall	327
IV. Subjektiver Tatbestand	328
1. Vorsatz	328
2. Absicht, Nachlasswerte der Inventaraufnahme zu entziehen	328
V. Strafe	329
1. Strafraumen und Strafzumessung	329
2. Selbstanzeige	330
2.1 Straflose Selbstanzeige	330
2.2 Strafmildernde Selbstanzeige	331
VI. Teilnahme und Begünstigung	331
1. Anstiftung und Gehilfenschaft	332
2. Begünstigung	334
VII. Versuch der Verheimlichung oder Beiseiteschaffung von Nachlasswerten im Inventarverfahren	337
VIII. Konkurrenzen, Verbot der Doppelbestrafung (ne bis in idem)	339
 § 16 Steuerbetrug	 341
I. Allgemeines	342
1. Verhältnis zum Abgabebetrug	342
2. Geschützte Rechtsgüter	343
3. Ausgestaltung des Delikts	343
II. Objektiver Tatbestand	344
1. Urkunde	344
1.1 Begriff der Urkunde	344
1.2 Gefälschte und verfälschte Urkunden (= unechte Urkunden)	346
1.3 Inhaltlich unwahre Urkunden	346
2. Gebrauch von gefälschten, verfälschten und unwahren Urkunden zur Täuschung	347

III. Subjektiver Tatbestand	348
IV. Strafe	349
V. Selbstanzeige	349
VI. Täterschaft und Teilnahme	349
VII. Versuch	350
VIII. Konkurrenzen	350
1. Verhältnis zwischen Steuerbetrug und gemeinrechtlichen Delikten	350
2. Konkurrenz zwischen Steuerbetrug und Steuerhinterziehung	351
2.1 Gesetzliche Ordnung	351
2.2 Verhältnis zum Grundsatz des ne bis in idem	352
§ 17 Veruntreuung von Quellensteuern	354
I. Allgemeines	354
1. Geschütztes Rechtsgut	354
2. Ausgestaltung des Delikts	355
II. Objektiver Tatbestand	355
1. Quellensteuerpflichtiger	355
2. Abgezogene Quellensteuern	355
3. Zweckwidrige Verwendung	355
III. Subjektiver Tatbestand	356
IV. Strafe	356
V. Täterschaft und Teilnahme	357
VI. Konkurrenzen	357
1. Verhältnis zwischen Veruntreuung von Quellensteuern und gemeinrechtlichen Delikten	357
2. Verhältnis zwischen Veruntreuung von Quellensteuern und Steuerhinterziehung	358
2.1 Gesetzliche Ordnung	358
2.2 Verhältnis zum Grundsatz des ne bis in idem	359
§ 18 Strafloze Selbstanzeige	360
I. Einleitung	361
II. Voraussetzungen der straflosen Selbstanzeige	362
1. Handeln aus eigenem Antrieb (Kriterium der Spontaneität)?	363
2. Erstmaligkeit der Selbstanzeige	363
3. Fehlende Kenntnis der Steuerbehörden	365
4. Vorbehaltlose Unterstützung im Nachsteuerverfahren	367
5. Bemühen um Bezahlung der Nachsteuer	368
III. Form der Selbstanzeige	368
IV. Teil-Selbstanzeige	369

V.	Rechtsfolgen der Selbstanzeige	369
VI.	Exkurs: Vereinfachte Nachbesteuerung in Erbfällen («Erbenamnestie»)	371
	1. Hintergrund	371
	2. Rechtsnatur	372
	3. Voraussetzungen	372
	3.1 Steuerpflicht und Unterbesteuerung des Erblassers als Vorbedingung	373
	3.2 Fehlende Kenntnis der Steuerbehörden	373
	3.3 Vorbehaltlose Unterstützung im Nachsteuerverfahren	374
	3.4 Bemühen um Bezahlung der Nachsteuer	375
	4. Berechtigte Personen	375
	5. Geltendmachung	376
	5.1 Antragserfordernis	376
	5.2 Keine Form- und Fristvorgaben	377
	6. Rechtsfolgen	377
VII.	Selbstanzeige durch juristische Person	378
§ 19 Verjährung		380
I.	Allgemeines	380
II.	Verfolgungsverjährung für Übertretungen	381
	1. Anpassung an den Allgemeinen Teil des StGB per 1. Januar 2017	381
	2. Verletzung von Verfahrenspflichten	381
	3. Versuchte Steuerhinterziehung	382
	4. Vollendete Steuerhinterziehung	383
	5. Eintritt der Verjährung	383
III.	Vollstreckungsverjährung für Übertretungen	383
	1. Anpassung an den Allgemeinen Teil des StGB per 1. Januar 2017	383
	2. Relative Vollstreckungsverjährung für Übertretungen	384
	3. Stillstand der Vollstreckungsverjährung	384
	4. Unterbrechung der Vollstreckungsverjährung	385
	5. Absolute Verjährung der Vollstreckungsverjährung für Übertretungen	385
	6. Staats- und Gemeindesteuern	386
IV.	Verfolgungsverjährung für Vergehen	386
	1. Anpassung an den Allgemeinen Teil des StGB per 1. Januar 2017	386
	2. Beginn der Verfolgungsverjährung	387
	3. Eintritt der Verjährung	387
V.	Vollstreckungsverjährung für Vergehen	387

5. Kapitel Delikte der Verrechnungssteuer, Stempelabgaben und Mehrwertsteuer	389
§ 20 Steuerdelikte der Verrechnungssteuer, Stempelabgaben und Mehrwertsteuer	390
I. Einteilung der Delikte nach angedrohter Höchststrafe	390
II. Ordnungswidrigkeiten	390
1. Unterkategorie der Übertretungen	390
2. Rechtsfolge der Qualifikation als Ordnungswidrigkeit	391
2.1 Strafflosigkeit von Anstiftung und Gehilfenschaft	392
2.2 Umwandlung der Busse in Haft	392
2.3 Unzulässigkeit von Zwangsmassnahmen	392
2.4 Ruhen der Verfolgungsverjährung	392
3. Angedrohte Strafe	393
III. Übertretungen	393
1. Allgemeines	393
2. Verfahrenspflichtverletzungen	393
3. Steuergefährdung	393
4. Steuerhinterziehung	394
5. Verletzung der Pflicht zur Überwälzung der Verrechnungssteuer	395
IV. Vergehen	395
1. Allgemeines	395
2. Abgabebetrug	395
3. Urkundendelikte	396
4. Begünstigung	396
V. Verbrechen	397
§ 21 Ordnungswidrigkeiten	398
I. Allgemeines	398
II. Objektiver Tatbestand	399
1. Nichteinhaltung einer Bedingung, an welche eine besondere Bewilligung geknüpft wurde	399
2. Widerhandlung gegen Vorschriften des VStG bzw. StG	399
3. Verletzung der Meldefrist bei der Verrechnungssteuer auf Dividenden	400
3.1 Frist für das Meldeverfahren im inländischen Konzernverhältnis	400
3.2 Frist für das Meldeverfahren im internationalen Konzernverhältnis	400
4. Verletzung der Meldefrist von Art. 20a Abs. 2 VStG	401
III. Subjektiver Tatbestand	401
IV. Sanktion	402
V. Teilnahme	402

VI. Versuch	402
VII. Konkurrenzen	402
§ 22 Verfahrenspflichtverletzungen bei der Mehrwertsteuer	403
I. Allgemeines	403
II. Tatbestände	404
§ 23 Steuergefährdung und Abgabefährdung	406
I. Allgemeines	406
II. Objektiver Tatbestand	407
1. Verhältnis von Art. 62 VStG zu Art. 29 StADG	407
2. Verletzung der Anmelde- und Einreichungspflicht	408
3. Ausstellung einer unrichtigen Abzugsbescheinigung für die Verrechnungssteuer	409
4. Unwahre Angaben und Verschweigen von erheblichen Tatsachen	410
5. Erteilung von unrichtigen Auskünften	410
6. Unrechtmässige Rückforderung der Verrechnungssteuer	411
7. Führung und Aufbewahrung von Geschäftsbüchern, Registern und Belegen ..	412
8. Erschwerung, Behinderung oder Vernunzmöglichung der Buchprüfung	413
9. Wahrheitswidrige Angabe als Effektenhändler	413
III. Subjektiver Tatbestand	414
IV. Sanktion	414
V. Teilnahme	415
VI. Versuch	415
VII. Konkurrenzen	415
1. Konkurrenz zu Art. 14–17 VStrR	415
2. Konkurrenz zu Art. 61 VStG, Art. 28 StADG und Art. 45 StG	416
3. Konkurrenz zu Art. 64 VStG und Art. 47 StG	416
4. Konkurrenz zu Art. 285 und 286 StGB	416
§ 24 Verletzung der Überwälzungspflicht bei der Verrechnungssteuer	417
I. Allgemeines	417
II. Objektiver Tatbestand	418
1. Unterlassen der Überwälzung	418
1.1 Pflicht zur Überwälzung der Verrechnungssteuer	418
1.2 Aufrechnung ins Hundert	419
2. Versprechen des Unterlassens der Überwälzung	419
2.1 Nichtigkeit von Steuerübernahmeversprechen	419
2.2 Gross-up-Klauseln in Darlehensverträgen	420
2.3 Praxisfestlegungen der ESTV	420

2.4	Gültigkeit von Gross-up-Klauseln	421
2.5	Anwendungsbereich der zweiten Tatbestandsvariante von Art. 63 VStG ..	421
III.	Subjektiver Tatbestand	421
IV.	Sanktion	422
V.	Teilnahme	422
VI.	Versuch	422
VII.	Konkurrenzen	422
1.	Konkurrenz zu Art. 61 VStG	422
2.	Konkurrenz zu Art. 62 VStG	423
3.	Konkurrenz zu Art. 64 VStG	423
§ 25	Hinterziehung der Verrechnungssteuer	424
I.	Allgemeines	424
II.	Objektiver Tatbestand	425
1.	Vorenthalten der Verrechnungssteuer	425
2.	Melddelikte	425
2.1	Verletzung der Meldepflicht nach Art. 19 VStG	425
2.2	Unterlassung einer Meldung nach Art. 20 VStG	426
2.3	Verletzung der Meldepflicht nach Art. 20a VStG	427
2.4	Erstattung einer unwahren Meldung	427
3.	Ungerechtfertigte Rückerstattung der Verrechnungssteuer	428
3.1	Erwirkung einer ungerechtfertigten Rückerstattung nach Art. 21 ff. VStG ..	428
3.2	Erwirkung einer ungerechtfertigten Rückerstattung gestützt auf ein internationales Abkommen	429
3.3	Erwirkung eines anderen unrechtmässigen Steuervorteils	430
III.	Subjektiver Tatbestand	430
IV.	Sanktion	430
V.	Teilnahme	431
VI.	Versuch	431
VII.	Konkurrenzen	431
1.	Konkurrenz zu Art. 14–17 VStrR	431
2.	Konkurrenz zu Art. 62 VStG und Art. 29 StADG	432
3.	Konkurrenz zu Art. 63 VStG	432
4.	Konkurrenz zu Art. 64 VStG	432
§ 26	Hinterziehung von Stempelabgaben	434
I.	Allgemeines	434
II.	Objektiver Tatbestand	434
1.	Vorenthalten der Stempelabgaben	434
2.	Verschaffen eines unrechtmässigen Abgabenvorteils	435

III. Subjektiver Tatbestand	435
IV. Sanktion	435
V. Teilnahme	436
VI. Versuch	436
VII. Konkurrenzen	436
1. Konkurrenz zu Art. 14–17 VStrR	436
2. Konkurrenz zu Art. 46 StG	436
3. Konkurrenz zu Art. 47 StG	437
§ 27 Hinterziehung der Mehrwertsteuer	438
I. Allgemeines	438
II. Deklarationsfehler in der Selbstveranlagung	441
1. Objektiver Tatbestand	441
1.1 Nicht- oder Falschdeklaration	441
1.2 Falschdeklaration infolge Falschqualifikation	442
1.3 Verhältnis zwischen Art. 96 Abs. 1 lit. a und Abs. 3 MWSTG	443
2. Subjektiver Tatbestand	443
3. Strafrahmen und Qualifikation bei Ausweis der Mehrwertsteuer auf der Rechnung	443
III. Ungerechtfertigte Rückerstattungen und Steuererlasse	444
IV. Einfuhrsteuerhinterziehung	445
V. Auskunftsverweigerung und falsche Auskünfte im Verwaltungsverfahren	446
VI. Strafzumessung und Konkurrenzen	447
1. Bemessung der Bussen und Qualifikation der «erschwerenden Umstände»	447
2. Konkurrenzen, Asperation und Kumulation	448
§ 28 Leistungs- und Abgabebetrug	450
I. Allgemeines	451
1. Anwendungsbereich	451
2. Praktische Bedeutung	452
3. Aufbau der Bestimmung	452
4. Deliktstypus	453
II. Abgabebetrug	453
1. Objektiver Tatbestand	453
1.1 Täuschung über Tatsachen	454
1.2 Arglist	455
1.3 Irrtum der Steuerbehörden	455
1.4 Unrechtmässiges Vorenthalten einer Abgabe	456
1.5 Erheblichkeit	456
2. Subjektiver Tatbestand	457

III. Leistungsbetrug	457
1. Objektiver Tatbestand	457
2. Subjektiver Tatbestand	458
IV. Qualifizierter Leistungs- und Abgabebetrug	458
1. Entstehungsgeschichte	458
2. Objektiver Tatbestand	459
2.1 Verwirklichung eines Grundtatbestands	459
2.2 Abgaben- oder Zollangelegenheit	459
2.3 Gewerbsmässige Begehung	459
2.4 Zusammenwirken mit Dritten	460
2.5 Besondere Erheblichkeit	461
3. Subjektiver Tatbestand	462
V. Strafe	462
1. Leistungsbetrug	462
1.1 Rechtslage seit dem 1. Juli 2023	462
1.2 Frühere Rechtslage	463
2. Abgabebetrug	464
2.1 Rechtslage seit dem 1. Juli 2023	464
2.2 Frühere Rechtslage	464
2.3 Übergangsrechtliche Anwendung der lex mitior	464
3. Qualifizierter Leistungs- und Abgabebetrug	465
3.1 Rechtslage seit dem 1. Juli 2023	465
3.2 Geldstrafe als zwingende Verbindungsstrafe nach früherem Recht	465
4. Busse als zwingende Verbindungsstrafe	465
4.1 Rechtslage seit dem 1. Juli 2023	465
4.2 Frühere Rechtslage	466
VI. Teilnahme	467
VII. Versuch	467
VIII. Konkurrenzen	468
1. Hinterziehungsdelikte	468
2. Hinterziehung nach Art. 28 StADG	468
3. Betrug nach Art. 146 StGB	468
§ 29 Urkundendelikte	470
I. Allgemeines	470
1. Gesetzliche Regelung	470
2. Geschütztes Rechtsgut	471
3. Deliktskategorie	471
4. Urkundenbegriff	472
II. Urkundenfälschung	472
1. Objektiver Tatbestand	472
1.1 Herstellung einer unechten Urkunde	473

1.2	Verfälschen einer Urkunde	473
1.3	Blankettfälschung	473
1.4	Gebrauch einer unechten Urkunde	473
2.	Subjektiver Tatbestand	474
III.	Mittelbare Falschbeurkundung	474
1.	Objektiver Tatbestand	474
1.1	Erwirkung und Gebrauch einer unrichtigen Beurkundung	474
1.2	Gebrauch der erwirkten Urkunde	475
2.	Subjektiver Tatbestand	475
3.	Kein Paralleltatbestand zur Falschbeurkundung	475
IV.	Unterdrückung von Urkunden	476
1.	Objektiver Tatbestand	476
1.1	Betroffene Urkunden	476
1.2	Tatbestandsmässiges Verhalten	476
2.	Subjektiver Tatbestand	477
3.	Tätige Reue	477
V.	Strafe	477
VI.	Teilnahme	478
VII.	Versuch	478
VIII.	Konkurrenzen	478
1.	Leistungs- und Abgabebetrug	478
2.	Hinterziehungsdelikte	479
3.	Urkundendelikte des StGB	479
§ 30	Begünstigung	480
I.	Allgemeines	480
1.	Gesetzliche Grundlage	480
2.	Geschütztes Rechtsgut	481
3.	Deliktskategorie	481
II.	Objektiver Tatbestand	481
1.	Verfolgungs- und Vollzugsvereitelung	482
2.	Beutesicherung	482
3.	Verunmöglichung verwaltungsstrafrechtlicher Massnahmen	482
III.	Subjektiver Tatbestand	482
IV.	Strafe	483
1.	Rechtslage seit 1. Februar 2009	483
2.	Frühere Rechtslage	483
3.	Fakultativer Strafbefreiungsgrund	483
V.	Teilnahme	483
VI.	Versuch	484

VII. Konkurrenzen	484
1. Hinterziehungsdelikte	484
2. Begünstigung nach Art. 305 StGB	484
§ 31 Steuerhehlerei	485
I. Allgemeines	485
II. Objektiver Tatbestand	485
III. Subjektiver Tatbestand	486
IV. Strafraumen und Konkurrenzen	486
§ 32 Straflöse Selbstanzeige	487
I. Allgemeine Selbstanzeige	488
1. Allgemeines	488
2. Sachlicher Anwendungsbereich	488
3. Taugliche Anlasstat	489
3.1 Leistungs- oder Rückleistungspflicht nach Art. 12 VStrR	489
3.2 Vollendete Steuerhinterziehung erforderlich	489
3.3 Anwendbarkeit auf Gefährdungsdelikte und Ordnungswidrigkeiten?	489
3.4 Anwendbarkeit auf Art. 14–17 VStrR?	490
4. Anzeige aus eigenem Antrieb	491
4.1 Anzeige durch den Täter	491
4.2 Freiwilligkeit	491
5. Kooperation und Ablieferung der Steuer	492
6. Erstmaligkeit der Selbstanzeige	493
II. Selbstanzeige bei der Mehrwertsteuer	494
1. Allgemeines	494
2. Zeitlicher Anwendungsbereich	495
3. Tatbestandsmerkmale	495
3.1 Anzeige gegen eine Widerhandlung gegen das MWSTG	495
3.2 Fehlende Behördenkenntnis	496
3.3 Kooperation und Restitution	496
4. Keine Einmaligkeit erforderlich	497
5. Aufhebung der Solidarhaftung	497
§ 33 Verjährung	498
I. Allgemeines	499
II. Verrechnungssteuer und Stempelabgaben	499
1. Hinterziehung der Verrechnungssteuer und Stempelabgaben	499
1.1 Anwendung der Verjährungsregel von Art. 11 VStrR	499
1.2 Verfolgungsverjährung seit 1. Juli 2023	500
1.3 Verfolgungsverjährung bis 30. Juni 2023	500

1.4	Beginn der Verjährungsfrist	501
1.5	Fristbeginn bei der Verrechnungssteuerhinterziehung	502
1.5.1.	Fehlende Deklaration der Verrechnungssteuer als Tatbegehung	502
1.5.2.	Jahresrechnung wird ESTV eingereicht	502
1.5.3.	Fristbeginn, wenn Jahresrechnung nicht eingereicht wird	503
1.5.4.	Keine Durchführung der Generalversammlung	504
1.5.5.	Fristbeginn bei verspäteter Generalversammlung	504
1.6	Stillstand der Verjährungsfrist	505
1.6.1.	Stillstand während eines Beschwerdeverfahrens über die Steuerpflicht	505
1.6.2.	Beginn des Stillstands der Verjährung	506
1.6.3.	Wirkungen des Stillstands bei solidarischer Haftung	506
1.6.4.	Ende des Stillstands bei Rückzug eines Rechtsmittels	506
1.7	Keine Unterbrechung der Verjährung	507
1.8	Vollstreckungsverjährung	508
1.8.1.	Regelung seit dem 1. Juli 2023	508
1.8.2.	Frühere Rechtslage	508
1.8.3.	Beginn der Vollstreckungsverjährung	509
2.	Abgabebetrag	509
2.1	Verjährung nach Art. 97 ff. StGB	509
2.2	Rechtslage seit dem 1. Juli 2023	509
2.3	Rechtslage bis 30. Juni 2023	510
2.4	Ruhen der Verfolgungsverjährung	510
2.5	Vollstreckungsverjährung	510
III.	Mehrwertsteuer	511
1.	Verfolgungsverjährung	511
1.1	Eigenständige Regelung im MWSTG	511
1.2	Verletzung von Verfahrenspflichten	511
1.3	Hinterziehung der Inland- und der Bezugsteuer	512
1.4	Verfolgungsverjährung bei Vergehen im Bereich Inland- und Bezugsteuer	513
1.5	Verfolgungsverjährung bei der Einfuhrsteuer	513
1.6	Verhältnis der Verjährungsfrist für Übertretungen zur Verjährungsfrist für Vergehen	513
1.7	Durchführungsverjährung	514
1.8	Eintritt der Verjährung	514
2.	Qualifizierter Abgabebetrag	514
3.	Vollstreckungsverjährung	515
3.1	Übertretungen	515
3.2	Vergehen und Verbrechen	515
IV.	Exkurs: Zollabgaben	515

3. Teil Steuerstrafverfahrensrecht	517
6. Kapitel Grundsätze und Besonderheiten des Steuerstrafverfahrens ...	517
§ 34 Geltung der strafprozessualen Grundsätze der EMRK, der BV, der StPO und des VStrR	519
I. Allgemeines	519
II. Strafprozessuale Grundsätze der EMRK	520
III. Strafprozessuale Grundsätze der BV	523
1. Geltung im Steuerstrafverfahrensrecht der direkten Steuern	523
2. Geltung im Steuerstrafverfahrensrecht der Mehrwertsteuer, Verrechnungssteuer und Stempelabgaben	524
IV. Strafprozessuale Grundsätze der StPO	525
1. Geltung im Steuerstrafverfahrensrecht der direkten Steuern	525
2. Geltung im Steuerstrafverfahrensrecht der Mehrwertsteuer, Verrechnungssteuer und Stempelabgaben	526
V. Strafprozessuale Grundsätze des Verwaltungsstrafrechts des Bundes (VStrR)	526
1. Geltung im Steuerstrafverfahrensrecht der direkten Steuern	526
2. Geltung im Steuerstrafverfahrensrecht der Mehrwertsteuer, Verrechnungssteuer und Stempelabgaben	527
§ 35 Geltung des Verbots der Doppelbestrafung («ne bis in idem») im Steuerstrafverfahrensrecht	528
I. Rechtsgrundlage und Inhalt des Grundsatzes «ne bis in idem»	528
II. Geltung des Grundsatzes «ne bis in idem» im Steuerstrafverfahrensrecht der direkten Steuern	530
III. Geltung des Grundsatzes «ne bis in idem» im Steuerstrafverfahrensrecht der Mehrwertsteuer, Verrechnungssteuer und Stempelabgaben	531
§ 36 Bank- und Berufsgeheimnisse im Steuerstrafverfahrensrecht	533
I. Bank- und Berufsgeheimnisse im Steuerstrafrecht der direkten Steuern	533
1. Bank- und andere «übrige» Berufsgeheimnisse im Veranlagungs- und im Strafverfahren	533
2. Anwalts- und andere «qualifizierte» Berufsgeheimnisse	535
3. Beschlagnahme und Siegelung geschützter Informationsträger	537
II. Bank- und Berufsgeheimnisse im Steuerstrafrecht der Mehrwertsteuer, Verrechnungssteuer und Stempelabgaben	538

7. Kapitel Steuerstrafverfahrensordnung	541
§ 37 Steuerstrafverfahrensordnung der direkten Steuern	542
I. Dualistische Ausgestaltung der Steuerstrafverfahrensordnung	542
II. Strafverfahren bei Steuerübertretungen	543
1. Anwendbare Strafverfahrensvorschriften	543
2. Ablauf des Strafverfahrens	544
a) Verfahrenspflichtverletzung	544
b) Steuerhinterziehung	545
c) Rechtsmittelverfahren	546
III. Strafverfahren bei Steuervergehen	546
1. Anwendbare Strafverfahrensvorschriften	546
2. Ablauf des Strafverfahrens	547
§ 38 Administrativstrafverfahren bei Übertretungen der direkten Steuern	549
I. Grundlagen des Administrativverfahrens bei Übertretungen	550
1. Ausgestaltung des Steuerübertretungsstrafverfahrens	550
2. Folgen der Konnexität von Steuerhinterziehungsverfahren und Nachsteuer- verfahren	551
2.1 Konnexität von Steuerhinterziehungsverfahren und Nachsteuerverfahren	551
2.2 Kollision der Mitwirkungspflicht der steuerpflichtigen Person im Nach- steuerverfahren mit dem Recht auf Mitwirkungsverweigerung (Selbst- belastungsfreiheit) im Steuerstrafverfahren	552
2.3 Beweisverwertungsverbot im Steuerstrafverfahren für im Nachsteuer- verfahren gesetzwidrig erlangte Beweismittel	553
2.4 Aufklärung der beschuldigten Person über das Recht auf Mitwirkungs- verweigerung («Miranda Warning»)	554
3. Grundsätze des Steuerstrafverfahrens	555
3.1 Beurteilung durch ein unabhängiges, unparteiisches und unvoreingenom- menes Gericht	555
3.2 Legalitätsprinzip (Grundsatz des Verfolgungszwangs)	558
3.3 Grundsatz der «Waffengleichheit» und Beschleunigungsgebot	559
3.4 Schweigepflicht der Steuerstrafbehörden und Öffentlichkeit des Steuer- strafverfahrens	561
II. Organisation der Steuerstrafbehörden	565
1. Kantonale administrative Steuerstrafverfolgungsbehörden	565
2. Kantonale administrative Steuerstrafgerichte	566
3. Bundesgericht	568
III. Administratives Steuerstrafverfahren	568
1. Einleitung des administrativen Steuerstrafverfahrens durch die kantonale Steuerstrafbehörde	568
1.1 Voraussetzungen der Einleitung des Steuerstrafverfahrens	568
1.2 Eröffnung der Einleitung des Strafverfahrens an die beschuldigte Person	570

2.	Untersuchung durch die kantonale Steuerstrafverfolgungsbehörde	575
2.1	Untersuchungsgrundsatz	575
2.2	Untersuchungsmittel der Steuerstrafbehörden	576
2.2.1	Urkunden, Bescheinigungen und Geschäftsbücher	578
2.2.2	Einvernahme, Auskünfte und Beweismittel der beschuldigten Person	581
2.2.3	Auskünfte von auskunftspflichtigen Personen	583
2.2.4	Auskünfte und Beweismittel von Behörden (Amtshilfe)	585
2.2.5	Zeugen	588
2.2.6	Sachverständige, Amtsbericht, Dolmetscher, Übersetzer	591
2.2.7	Augenschein	592
2.2.8	Schriftprobe, Herausgabe, Beschlagnahme und Hausdurchsuchung	593
2.3	Behördliche Aktenführungs- und Protokollierungspflicht	596
2.4	Anfechtung von Untersuchungshandlungen	597
3.	Verteidigungsrechte der beschuldigten Person	598
3.1	Recht auf rechtzeitige Orientierung über die Beschuldigung	598
3.2	Recht auf Verteidigung und auf ausreichende Vorbereitung der Verteidigung	599
3.3	Recht auf Beizug eines Dolmetschers	601
3.4	Recht auf Verweigerung von Aussage und Mitwirkung an der Untersuchung	602
3.5	Recht auf Akteneinsicht und Protokollierung	604
3.6	Recht auf Mitwirkung an der Untersuchung	607
3.7	Recht auf Äusserung	609
3.8	Recht auf öffentliche Verhandlung und Urteilsverkündung	610
4.	Entscheid der kantonalen Steuerstrafbehörde	611
4.1	Feststellung des Sachverhalts (Beweiswürdigung und Unschuldsvermutung)	611
4.2	Strafverfügung (Strafbescheid, Strafbefehl) und Einstellungsverfügung (Aufhebungsverfügung)	613
IV.	Anfechtung der Strafverfügung (Strafbescheid, Strafbefehl) und der Einstellungsverfügung	617
1.	Einsprache an die Verwaltungsstrafbehörde	617
2.	Weiterzug an ein kantonales administratives Gericht	621
3.	Weiterzug an das Bundesgericht	625
§ 39	Steuerstrafverfahrensordnung der Mehrwertsteuer, Verrechnungssteuer und Stempelabgaben	626
I.	Ausgestaltung der Steuerstrafverfahrensordnung	626
II.	Strafverfahren bei Steuerübertretungen und -vergehen	627
1.	Anwendbarkeit des VStrR und der StPO	627
2.	Ablauf des Strafverfahrens	628

§ 40	Administrativstrafverfahren bei Delikten der Mehrwertsteuer, Verrechnungssteuer und Stempelabgaben	630
I.	Behördenorganisation, Schweigepflicht der Strafbehörden und Öffentlichkeit des Strafverfahrens	632
	1. Behördenorganisation	632
	2. Schweigepflicht der Strafbehörden	633
	3. Öffentlichkeit des Strafverfahrens	633
II.	Strafprozessuale Grundsätze	634
	1. Legalitätsprinzip (Offizialprinzip)	634
	2. Untersuchungsgrundsatz	635
	3. Unschuldsvermutung	635
	4. Beweisverwertungsverbot	636
	5. Grundsatz der «Waffengleichheit» («fair trial») und Beschleunigungsgebot ...	636
III.	Verteidigungsrechte der beschuldigten Person	637
	1. Recht auf Beurteilung durch ein unparteiisches und unabhängiges Gericht	637
	2. Recht auf rechtzeitige Orientierung über die Beschuldigung	639
	3. Recht auf Verteidigung und auf ausreichende Vorbereitung der Verteidigung	640
	4. Recht auf Beizug eines Dolmetschers	641
	5. Recht, sich nicht selbst zu belasten sowie auf Verweigerung von Aussage und Mitwirkung an der Untersuchung	641
	6. Recht auf Akteneinsicht und Protokollierung	642
	7. Recht auf Mitwirkung an der Untersuchung	643
	8. Recht auf Äusserung	644
IV.	Untersuchungsmittel der ESTV	645
	1. Allgemeines	645
	2. Einvernahme der beschuldigten Person	645
	3. Einholung von Auskünften von Behörden und Privaten	646
	4. Zeugeneinvernahme	648
	5. Beizug von Sachverständigen	648
	6. Augenschein	648
	7. Zwangsmassnahmen	649
	a) Allgemeines	649
	b) Beschlagnahme	649
	c) Durchsuchung und Siegelung	651
	d) Vorläufige Festnahme und Untersuchungshaft	652
	8. Anfechtung von Untersuchungshandlungen	653
V.	Administratives Strafverfahren	654
	1. Strafanzeige an die ESTV	654
	2. Einleitung des Strafverfahrens durch die ESTV	654
	3. Untersuchung durch die ESTV	656

4. Entscheidung der ESTV	657
5. Anfechtung des Strafbescheids	659
VI. Zusammenhang mit dem Nach- und Rückleistungsverfahren	660
VII. Revision von Strafbescheiden und Strafverfügungen	662
VIII. Kosten und Entschädigung	664
§ 41 Besondere Untersuchungsmassnahmen der Eidgenössischen Steuer- verwaltung bei Delikten der direkten Bundessteuer	666
I. Allgemeines und gesetzliche Grundlage	666
II. Voraussetzungen	667
1. Begründeter Verdacht auf Begehung schwerer Steuerwiderhandlungen	667
2. Ermächtigung der ESTV durch das Eidgenössische Finanzdepartement	668
III. Untersuchungsverfahren	669
1. Allgemeines	669
2. Ausstand, Amtshilfe, Kosten und Entschädigungen	669
3. Untersuchungsmittel und Zwangsmassnahmen	671
IV. Abschluss der Untersuchung: Schlussbericht und Anträge auf Weiterverfolgung ..	673
Sachregister	675